



Hamburg

Arbeitswohlfahrt
Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.Sozialverband Deutschland
Landesverband Hamburg

Landesverband Schleswig-Holstein

SOZIALVERBAND



NORD

Die aktiven
Seniorinnen
und Senioren
HamburgLandes-Seniorenbeirat
HamburgBezirks- Seniorenbeirat
Hamburg-Mitte
Hamburg-Eimsbüttel
Hamburg-Nord
Hamburg-Altona
Hamburg-Wandsbek
Hamburg-Harburg

SOZIALVERBAND



HAMBURG

Presseinformation

Hamburg 15. Juni 2024

Rentner*innen demonstrieren für Inflationsausgleich

Mehr als 200.000 Unterschriften an Finanzsenator Dr. Andreas Dressel übergeben – Kundgebung auf dem Rathausmarkt

Hamburg/Kiel: Mit einem lautstarken Umzug durch die Innenstadt und einer Kundgebung auf dem Rathausmarkt haben heute rund 500 Menschen ihre Forderung nach einem Inflationsausgleich von 3.000 Euro auch für Rentner*innen erneut unterstrichen. Bereits seit knapp drei Monaten sammelt ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Seniorenbeiräten in Hamburg und Schleswig-Holstein Unterschriften für die Forderung nach der Ausgleichszahlung. In einem symbolischen Akt wurden die mehr als 200.000 Unterschriften heute vor dem Hamburger Rathaus an Finanzsenator Dr. Andreas Dressel übergeben.

Das Bündnis fordert einen steuer- und abgabenfreien Ausgleich, damit auch die Rentner*innen die gestiegene Inflation und Teuerungen kompensieren können. Vor allem bei den Heizungs- und Energiekosten, den Mieten, bei Medikamenten und Lebensmitteln sind die Preise spürbar gestiegen. Arbeitnehmer*innen haben einen finanziellen Ausgleich schon lange bekommen, dies verdanken sie dem Einsatz der Gewerkschaften. Auch Bundes- und Landespensionär*innen wurden schon bedacht. Rentner*innen gingen bisher leer aus – auch sie brauchen dringend den Inflationsausgleich von 3.000 Euro, nur das wäre fair und sozial! Das norddeutsche Bündnis fordert außerdem eine grundsätzliche Reform des Rentensystems, hin zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die auch Beamt*innen, Abgeordnete und Selbständige einzahlen.

Jutta Blankau, Präsidiumsvorsitzende AWO Hamburg: „Der große Zuspruch zu unserer Forderung freut uns und er zeigt, dass wir ein gesellschaftlich extrem wichtiges Thema aufgegriffen haben. Schon jetzt werden immer mehr Rentner*innen zum staatlichen Versorgungsfall. Daher fordern wir eine echte Rentenreform, die die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rente insgesamt auf breitere Beine stellt, indem sie alle Erwerbstätigen, also auch Beamte, Selbständige sowie alle Abgeordneten in Bund und Land, einbezieht. Sich allein auf eine mögliche Rendite des neuen Generationenkapitals am Aktienmarkt zu verlassen, reicht bei Weitem nicht aus!“

Klaus Wicher, Landesvorsitzender SoVD Hamburg: „Rentner*innen haben ihr Leben lang mit ihren Einzahlungen das Rentenmodell getragen. Die Fairness gebietet es, dass wir solidarisch gegenüber denjenigen sind, die die anfallenden Härten, wie eben eine hohe Inflation, hohe Energie- und Lebensmittelpreise, aus eigener Kraft nur noch schwer ausgleichen können.“

Kontakt für Rückfragen:

Horst Emmel
AWO Landesverband Hamburg e.V.
Stv. Vorsitzender des Präsidiums
Tel.: 01787314372
www.awo-hamburg.de

Susanne Rahlf
SoVD Landesverband Hamburg
Pressesprecherin
Tel.: 0151/44 54 56 93
susanne.rahlf@sovd-hh.de